

Informationen der Grünen Liste Hirschberg

Newsletter #32

Liebe Leserinnen und Leser des Newsletters,

nicht immer haben wir es in diesem ereignisreichen Jahr 2021 geschafft, der Frequenz der Ereignisse mit unserem Newsletter standzuhalten. Auf lokaler Ebene dominierte in der ersten Jahreshälfte die Kontroverse um die Erweiterung des Gewerbeparks, einschließlich eines Bürgerentscheids, zu dem die Hirschberger Einwohner aufgerufen waren. Aus Sicht der GLH ging dieser knapp verloren. Dennoch dürften die grundsätzlichen Konflikte von Bodennutzung und Flächenversiegelung sowie Landschaftsschutz und Gewerbeentwicklung, die in diesem Zusammenhang öffentlich diskutiert wurden die politischen Perspektiven für die Zukunft Hirschbergs nachhaltig verschieben.

Im Herbst folgte dann eine Bundestagswahl, auf die nun die Bildung einer Regierung unter starker grüner Beteiligung folgte. Auch hier erhoffen wir uns, dass Themen wie die Klimakrise oder der Artenschutz, eine menschenwürdige Migrationspolitik oder eine den Tieren und der Natur zugewandte Landwirtschaft neben vielen anderen Feldern stärker in den Fokus rücken werden.

Und natürlich gab es Corona. Eine Pandemie, deren vierte Welle die Menschen hierzulande derzeit besonders hart trifft, welche die tiefen sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft noch einmal offengelegt hat und die uns zumutet Weltanschauungskonflikte auszutragen, von denen wir hofften sie lange überwunden zu haben; das vor dem Hintergrund des persönlichen Leids sehr vieler Menschen. Wir nehmen Brüche wahr in unseren Familien, im Freundeskreis unter Kolleginnen und Kollegen, die manchmal nur sehr schwer auszuhalten und scheinbar noch schwerer zu überbrücken sind.

Gerade vor Weihnachten aber, sollten wir uns daran erinnern, dass das offene Gespräch, das Zuhören und der respektvolle Dialog ohne Vorurteile wichtig für die positive Entwicklung unserer offenen und demokratischen Gesellschaft sind. Nur wirklich wenige haben bedrohliche Absichten, in dem wie sie handeln und argumentieren – eigentlich meinen wir es fast alle gut. Dennoch müssen Entscheidungen getroffen werden, wollen wir die Corona-Krise überwinden - die persönliche Entscheidung für das Impfen etwa gehört dazu. Vielleicht hilft uns dabei etwas mehr Reflexion, etwas mehr Gelassenheit, etwas weniger schnelle Urteile über die Motivation unserer Gegenüber. Es wäre für den sozialen Frieden in Deutschland sehr zu wünschen.

Ansonsten bekommen Sie heute von uns noch einmal die volle Dosis vorweihnachtlicher Informationen über die engagierte Arbeit unserer Fraktion im Gemeinderat während der letzten Wochen, aber auch unsere herzliche Einladung doch einmal an unserer nächsten öffentlichen Online-Mitgliederversammlung teilzunehmen, die am 20. Dezember stattfinden wird. Vor allem aber erhalten Sie von uns die herzlichsten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2022.

Im Namen aller Mitglieder der GLH,

Claudia Schmiedeberg, Arndt Weidler, Susanne Alizadeh, Thomas Herdner und Manju Ludwig

Berichte der GLH-Fraktion aus dem Hirschberger Gemeinderat

Grundstücksfonds BW: Vorstellung des Förderprogramms Kompetenzzentrum Wohnen BW („Bezahlbar Wohnen“) (GR-Sitzung am 30.11.)

Bereits 2018 und 2019 hatte die GLH-Fraktion beantragt, Mittel für die Entwicklung von Konzepten zur Schaffung von sozialem Wohnraum in den Haushalt einzustellen. Denn Konzept, Definition und Festlegung der Parameter für sozialverträgliches Wohnen für die Gemeinde sind vor jeglicher Diskussion über irgendein Baugrundstück festzulegen.

Um dieser Herausforderung auf kommunaler Ebene effektiv zu begegnen und erfolgreich zu sein, bedarf es einer langfristigen, strategischen und aktivierenden, aber insbesondere konsequenten Boden- und Liegenschaftspolitik. Es gilt die entsprechenden Modelle zu implementieren und die sozialen Parameter festzulegen, mit denen dies gut und effektiv gelingen kann, damit die sozialen Ziele erreicht werden. Eine erfolgreiche Umsetzung ist vornehmlich verbunden mit Bodenvorratshaltung bzw. vorhabenbezogenem kommunalen Zwischenerwerb, um größtmögliche kommunale Gestaltungsmöglichkeit zu gewährleisten. Dies war bzw. ist das Problem vieler Städte und Gemeinden, die nicht über eigene Flächen oder größere innerörtliche Grundstücke verfügen – wie dies auch in Hirschberg der Fall ist.

Der Grundstücksfonds des Landes ist jetzt ein hervorragendes Instrument, das den Kommunen neue Perspektiven eröffnet und auch Unterstützung anbietet auf dem Weg zu einer aktiven Bodenpolitik und besserer Gestaltungsmöglichkeit für sozialverträgliches Wohnen im Dialog mit Investoren und Eigentümern.

Die Referentinnen stellten die Grundidee des Grundstücksfonds sowie einige Beratungs- und Umsetzungsmodule vor. Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Grundstücksfonds ist, dass auf der betreffenden Fläche mindestens 30% sozialgebundener und preisgedämpfter Wohnraum entsteht. Der Begriff umfasst genau das Segment am Wohnungsmarkt, dessen Entstehen durch den Abschluss Städtebaulicher Verträge abgesichert werden kann.

In der Praxis erwirbt das Land das betreffende Grundstück/die betreffenden Flächen und verwaltet diese über einen Zeitraum von 5 Jahren, hierfür entstehen der Kommune keine Kosten. So lange hat die Kommune Zeit, die Entwicklung zu betreiben. Auch für die Umsetzung stehen verschiedene – finanziell – geförderte Beratungs- und Konzeptmodule zur Verfügung, z.B. für Wettbewerbe für Investoren zur entsprechenden Quartiersentwicklung.

Ein weiterer ausgezeichnete Baustein ist das Förderprogramm für Kommunale Leerstandsaktivierung, das jede Kommune an erster Stelle im Auge haben sollte.

Um die Leistungen des Kommunalfonds BW in Anspruch nehmen zu können, bedarf es eines Grundsatzbeschlusses des Gemeinderats, sozialen Wohnraum schaffen zu wollen. Daher fasste der Gemeinderat den Beschluss, „sich des Themas der Schaffung bezahlbaren Wohnraums anzunehmen“.

Es wird sich nun zeigen, ob das Schlagwort „bezahlbarer Wohnraum“ für andere Fraktionen nur als Schlüssel zur Umliegung eines Neubaugebiets betrachtet wird und man sich lediglich nur auf das mindest Notwendige bei Festlegung der Sozialkomponenten reduzieren will und wird.

Der GLH ist es ein Anliegen das maximal Mögliche auszuschöpfen in Sachen preisgebundenem Wohnraum inkl. Miethöhen, Bindungsfristen etc., sowie zusätzlicher Festlegung preisgedämpften Wohnraums. Damit diesbezüglich ein gutes und tragfähiges Konzept für die Zukunft in der Gemeinde entwickelt wird. Weitere Informationen zu diesem Thema folgen.

Umgestaltung des Parkplatzes am Rathaus (GR-Sitzung am 27.11.)

Wie zu erwarten war, hat die Mehrheit des Gemeinderats dem Baubeschluss für die Umgestaltung des Parkplatzes am Rathaus sowie der Einstellung eines Geldbetrags hierfür in Höhe von 278.000 Euro in den Haushalt 2022 zugestimmt, ohne die veranschlagten Kosten auch nur im mindesten zu hinterfragen. Die GLH-Fraktion hat diese Entscheidung nicht mitgetragen. Wir hatten bereits in der ATU-Sitzung darauf hingewiesen, dass ein solcher Betrag insgesamt zu hoch ist, es aber auch an einer tatsächlich plausiblen Erklärung mangelt, wieso sich die Kosten plötzlich verdreifacht haben. Zudem sind nach wie vor die Frage der erforderlichen Anzahl der Stellplätze, die Kostenverteilung sowie notwendige vertragliche Regelungen mit der evangelischen Kirchengemeinde ungeklärt.

Anbau Sachsenhalle (GR-Sitzung am 27.11.)

Im September hatte der Gemeinderat einstimmig beschlossen, das Vergabeverfahren für die Architektenleistungen für den Anbau der Trainingshalle an die Sachsenhalle in einem „kostengünstigen, schlanken Verfahren“ durchzuführen. Die Leistung muss europaweit ausgeschrieben werden, es sind jedoch verschiedene Vergabeverfahren möglich. Für die GLH war nicht nachvollziehbar, wieso von diesem Beschluss nun abgewichen und ein Vergabeverfahren über ein Preisgericht implementiert werden soll – in jedem Fall das aufwändigste und teuerste Vergabeverfahren. Wir sehen auch in einer „annähernd vollständigen Entwurfsplanung“, welche Ergebnis des Preisgerichts sein soll, gerade keinen Vorteil im Hinblick auf eine spätere –

kostenneutrale – Einflussmöglichkeit, zumal es bereits umfangreiche Vorplanungen (Raumprogramm, vertiefende Erarbeitung der Anforderungskriterien für die Vergabe) gibt.

Es bestand auch Einigkeit im GR, dass der Anbau einfach und funktional gehalten werden, also keine besondere Anforderung an die architektonische Kreativität im Vordergrund stehen soll. Die GLH präferierte ein gleichwertig rechtssicheres und schnelles, schlankeres und kostengünstigeres Verfahren und hat daher diesen Beschluss nicht mitgetragen.

Errichtung von Radboxen (Verwaltungsausschuss vom 17.11)

Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, am OEG-Bahnhof in Großsachsen abschließbare Radboxen über die VRN Radbox zu installieren. Ein guter und sinnvoller Beitrag, dass Bürger*innen vermehrt auf Rad und ÖPNV umsteigen und damit zur Reduzierung des Verkehrs und der Mobilitätswende beitragen. Fördermittel von mindestens 50% stehen in Aussicht, bei Gesamtkosten von ca. 39.000 Euro. Die GLH begrüßte diesen Verwaltungsvorschlag sehr, auch die SPD-Fraktion trug ihn mit. Allerdings verhinderten Freie Wähler, FDP und CDU, dass ein Beschluss gefasst wurde. Der Grundsatzbeschluss scheiterte, da diesen Fraktionen ein Investitionsbetrag von rund 15.000 Euro zu „viel zu viel“ war. „Das ist purer Luxus, das Geld ist woanders besser angelegt, so FDP-Gemeinderat Tobias Rell und monierte zudem zu geringe Einnahmen. Und auch Alexander May sah darin lediglich den Luxus einer „Hochsicherheitsbox“. Es scheint in weiten Teilen des Gemeinderats noch nicht angekommen zu sein, dass auch gerade viele ältere Menschen und Bevölkerung aus dem Vorgebirge gerne auf ÖPNV umsteigen würden, wenn sie z.B. ein E-Bike nutzen könnten, das sicher verwahrt am Bahnhof abgestellt werden kann.

Vergleicht man die Diskussion um rund 15.000 Euro für die Fahrradboxen mit der Großzügigkeit bei fast 300.000 Euro bei der Umgestaltung des Parkplatzes am Rathaus (wegen des geplanten ev. Gemeindehauses), stellt sich die Frage, von welchen Kriterien sich die Gemeinderatsmehrheit bei Investitionsentscheidungen leiten lässt.

Termine: Öffentliche Online-MV am 20.12.2021

GLH lädt zur öffentlichen Mitgliederversammlung am Montag, 20.12., 20 Uhr ein.

Die kommenden Beratungen des Hirschberger Haushaltes für das Jahr 2022 und die Diskussion der Vorschläge der GLH-Fraktion sollen im Mittelpunkt der nächsten Mitgliederversammlung der Grünen Liste Hirschberg stehen. Da nach wie vor Präsenzveranstaltungen nicht in Frage kommen, greifen wir wieder auf das bewährte ZOOM-Format der Online-Konferenz zurück. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind ebenso herzlich eingeladen der Versammlung zu folgen wie die Mitglieder der Hirschberger Grünen. Nicht-Mitglieder, die teilnehmen möchten, bitten wir um eine kurze Anmeldung unter kontakt@gruene-liste-hirschberg.de. Sie bekommen die aktuellen Einwahldaten dann per E-Mail zugeschickt. Mitglieder erhalten diese in den kommenden Tagen per Mitgliederbrief gesondert zugeschickt. Auch die nächste öffentliche Online-Mitgliederversammlung ist bereits terminiert. Sie wird am Mittwoch den 26. Januar 2022 stattfinden.

Mit grünen Grüßen

Der Vorstand der Grünen Liste Hirschberg

Dr. Claudia Schmiedeberg, Arndt Weidler, Susanne Alizadeh, Manju Ludwig und Thomas Herdner

Kontakt & Impressum für diesen Newsletter

Arndt Weidler
Beethovenstraße 4
69493 Hirschberg
06201 873656

kontakt@gruene-liste-hirschberg.de